



Niederschrift

6. Plenarsitzung des Gemeinderates
21. Januar 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 3 der Tagesordnung: Jahresabschluss 2023

a) Vorlage des Schlussberichts 2023 des Rechnungsprüfungsamts zur Prüfung des Jahresabschlusses 2023 der Stadt Karlsruhe und Erläuterung des Berichts durch den Leiter des Rechnungsprüfungsamts

b) Feststellung des Jahresabschlusses

Vorlage: 2024/1387

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt den Schlussbericht 2023 des Rechnungsprüfungsamts zur Prüfung des Jahresabschlusses 2023 der Stadt Karlsruhe zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat stellt, nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss, den Jahresabschluss 2023 mit den in dieser Vorlage dargestellten Werten fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme (44 Ja)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 3 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 14. Januar 2025;

Ich darf jetzt Detlev Bettendorf ganz herzlich hier vorne begrüßen als Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, der uns aus seiner Sicht die wesentlichen Ergebnisse und seine Gedanken kurz zusammenfassen wird.

Detlev Bettendorf (Leiter Rechnungsprüfungsamt; mit Powerpointpräsentation): Die Stadtkämmerei hat den Jahresabschluss 2023 am 2. August 2024 zur Prüfung vorgelegt. Die Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt erfolgte innerhalb der vorgesehenen Viermonatsfrist. Nachfolgend möchte ich Ihnen insbesondere die Ergebnisrechnung und die bestehende hohe gesamtstädtische Verschuldung näher erläutern.

Während im Vorjahr ein Gesamtfehlbetrag von -9,2 Millionen zu verzeichnen war, konnte in 2023 ein Gesamtüberschuss von 20,6 Millionen erzielt werden. Dies setzt sich aus dem positiven ordentlichen Ergebnis von +66,4 Millionen und einem negativen Sonderergebnis von -45,8 Millionen zusammen. Die ordentlichen Erträge konnten gegenüber dem Vorjahr

um 132,4 Millionen, insbesondere durch höhere Steuererträge; auf einen neuen Rekordwert in Höhe von 1.835.800.000 gesteigert werden. Bei den ordentlichen Aufwendungen war ebenfalls eine deutliche Erhöhung um 93,3 Millionen bzw. 5,6 Prozent zu verzeichnen. Für 2023 ist festzustellen, das Ziel, das das Haushaltsrecht vorgibt, dass die ordentlichen Aufwendungen komplett durch ordentliche Erträge gedeckt werden sollen, konnte erreicht werden.

Kommen wir zum Detailvergleich mit den Vorjahreswerten. Auf der Ertragsseite ist als wesentliche Veränderung ein Plus von 116 Millionen bei den Steuern und ähnlichen Abgaben festzustellen. Diese Erhöhung resultiert insbesondere aus den höheren Gewerbesteuererträgen mit +96,4 Millionen. Daneben waren um 27,6 Millionen Euro gestiegene Zuweisungen und Zuwendungen zu verzeichnen. Auf der Aufwandseite haben sich die Transferaufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 71,1 Millionen auf den Rekordwert von 934,8 Millionen erhöht. Ursächlich war hierfür insbesondere, dass gegenüber dem Vorjahr die Zuschüsse an verbundene Unternehmen um +35,6 Millionen sowie die Sozialleistungen um 27 Millionen gestiegen sind. Anzumerken ist darüber hinaus, dass die Auslagerung des Abfallbetriebs in einen Eigenbetrieb einen Rückgang der Personalaufwendungen sowie der öffentlich-rechtlichen Entgelte zur Folge hatte.

Nachfolgend haben wir die Entwicklung des ordentlichen Gesamtaufwandes seit 2013 grafisch dargestellt. Innerhalb von zehn Jahren sind die Aufwendungen um circa 69 Prozent bzw. 724 Millionen gestiegen. Hier noch ein grafischer Überblick über die gesamte Steuerentwicklung der letzten zehn Jahre. Insgesamt sind die Steuererträge gegenüber dem Vorjahreswert um circa 116 Millionen bzw. 16,5 Prozent höher ausgefallen und haben mit 817,9 Millionen einen neuen Höchstwert erreicht. Abzuführen war die Gewerbesteuerumlage in Höhe von 35 Millionen, was letztendlich zu Steuererträgen netto von 782,9 Millionen führte. Anzumerken ist, dass nach Abklingen der Corona-Pandemie in den Jahren 2022 und 2023 die Steuereinnahmen deutlich anstiegen. Die aktuelle konjunkturelle Entwicklung hat rückläufige Steuereinnahmen zur Folge. Auf Ausführungen zur Finanzrechnung und zur Gesamtbetrachtung der Bilanz wird an dieser Stelle verzichtet und auf die Erläuterungen im Schlussbericht auf den Seiten 23 und 29 ff. verwiesen.

Kommen wir auf die Entwicklung der Kreditaufnahmen des städtischen Haushaltes. Diese haben sich gegenüber dem Vorjahr um 79,6 Millionen auf 513,8 Millionen erhöht. Im Zusammenhang mit der Gründung des Eigenbetriebs Team Sauberes Karlsruhe wurden Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 28,3 Millionen vom städtischen Haushalt in den Eigentümer verlagert. Die Pro-Kopf-Verschuldung je Einwohner beträgt 1.865 Euro. Im Vergleich der Kommunalhaushalte der baden-württembergischen Stadtkreise hat Karlsruhe die höchste Verschuldung je Einwohner. Jedoch stellt dies nur einen Bruchteil der insgesamt bestehenden Schulden dar. Auf Grundlage der zuletzt veröffentlichten Auswertung des Bundesamtes für Statistik beliefen sich die Schulden der Stadt Karlsruhe einschließlich städtischer Unternehmen und Beteiligungen, das wurde dann anteilmäßig logischerweise nur zugeordnet, zum 31. Dezember 2023 auf 3,36 Milliarden Euro. Innerhalb der neuen Stadtkreise in Baden-Württemberg hat die Stadt Karlsruhe unter Berücksichtigung der städtischen Unternehmen mit 10.893 Euro die höchste Verschuldung pro Einwohner. Bundesweit gibt es 103 Stadtkreise. Hier stehen wir im Verschuldungsranking an Position 6. Einen bundesweiten oder landesweiten kommunalen Vergleich über geschaffene Vermögenswerte gibt es nicht. Dieser wäre auch nur bedingt aussagefähig, da Darlehensaufnahmen üblicherweise im investiven Bereich getätigt werden. Bei der Verschuldung ist jedoch

meines Erachtens zu berücksichtigen, dass es Bereiche gibt, die regelmäßig einen ausreichenden Deckungsbeitrag erwirtschaften, um die entstehenden Fremdkapitalzinsen und Tilgungsleistungen unmittelbar bedienen zu können. Das heißt, diese Verschuldungsanteile belasten den städtischen Kernhaushalt nicht und werden finanzwirtschaftlich betrachtet durch diesen Teilbereich selbst tragen. Hier sind insbesondere die Bereiche kommunale Wohnungsunternehmen und Energieversorgung zu nennen. Jedoch gibt es bisher leider ebenso keinen interkommunalen Vergleich über direkt refinanzierte Schuldenanteile.

In diesem Balkendiagramm ist die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt Karlsruhe aufgeteilt in kommunale Wohnungssysteme, Energieversorgungsunternehmen und sonstige Bereiche. Zum Beispiel hat die städtische Wohnungsgesellschaft, die Volkswohnung GmbH, zum 31. Dezember 2023 einen Schuldenstand von 645 Millionen Euro, denen ca. 13.500 eigene Wohnungen gegenüberstehen. Der Schuldenstand pro Wohnung beträgt somit im Durchschnitt ca. 48.000 Euro. Schon aus diesen wenigen Eckdaten ist gut erkennbar, dass die sich hieraus ergebende Zinsbelastung durch die potenziellen Mieteinnahmen sozialverträglich abdeckbar sind. Diese Schulden in Höhe von 645 Millionen Euro entsprechen einer Pro-Kopf-Verschuldung von 2.091 Euro und wurden in dieser Höhe bei der Gesamtkonzernverschuldung der Stadt Karlsruhe berücksichtigt. Ebenso resultieren 297 Millionen Schulden aus der 80-prozentigen Mehrheitsbeteiligung an den Stadtwerken Karlsruhe, welche regelmäßig Jahresüberschüsse erwirtschaftet und die auf das Fremdkapital anfallende Zinsen und Tilgungszahlungen eigenständig vollumfänglich trägt. Umgerechnet entspricht dies einer Pro-Kopf-Verschuldung in Höhe von 890 Euro. In den verbleibenden sonstigen Bereichen mit einem Schuldenstand von 7.912 Euro pro Einwohner sind unter anderem die Schulden der AVG, des Eigenbetriebs Gewerbeflächen der Karlsruher Fächer GmbH, Beteiligungen an Windparkgesellschaften sowie die Beteiligung an der teleMAX GmbH und verschiedene Gebührenhaushalte enthalten, welche ebenso ihre Fremdkapitalzinsen und Tilgungsleistungen eigenständig refinanzieren. Die übrigen, überwiegend durch sonstige Einnahmen und Steuern zu deckenden Schulden, betragen geschätzt rund 1,5 Milliarden Euro.

Ein ähnlicher Sachverhalt ergibt sich auch bei den anderen großen baden-württembergischen Städten, also bei Stuttgart, Freiburg und Mannheim. Auch die haben entsprechende Energieversorgungsunternehmen und Wohnungsunternehmen, und insofern erkennt man, dass wir da kein Alleinstellungsmerkmal haben. Also in Baden-Württemberg ist es durchaus üblich, dass man in diesen Bereich investiert hat.

Erkennbar ist aber auch, dass wir einen größeren Anteil, einen deutlich höheren Anteil an Fremdkapitalkosten durch die Verwendung sonstiger Einnahmen im städtischen Kernhaushalt refinanzieren müssen. Insgesamt ist natürlich das auf Bundesebene sicherlich anders zu betrachten, aber einen Vergleich auf Bundesebene herzustellen, würde einfach den Rahmen sprengen. Das ist auch viel zu aufwendig, aber in Baden-Württemberg wäre das Ranking das gleiche, wie wir es am Anfang vorgefunden haben, inklusive dieser Schulden.

Interessant ist ebenfalls der Jahresergebnisvergleich der vier größten Städte in Baden-Württemberg. Die ordentlichen Erträge saldiert um die ordentlichen Aufwendungen ergeben das ordentliche Ergebnis. Das erzielte ordentliche Ergebnis sagt am meisten über die finanzielle Leistungsfähigkeit einer Kommune aus. Karlsruhe hat, wie bereits erwähnt, in 2023 ein ordentliches Ergebnis in Höhe von +66,4 Millionen Euro erzielt, Freiburg +33,2 Millionen, Mannheim +99 Millionen und Stuttgart ein außergewöhnlich gutes Ergebnis in Höhe

von 793,4 Millionen. Zusammenfassend ist festzuhalten, wir können in Karlsruhe mit dem in 2023 erzielten ordentlichen Ergebnis zufrieden sein, müssen aber die extrem hohe Verschuldung im Blick behalten und adäquat gesteuern.

Ergänzend möchte ich auf die über die Jahresabschlussprüfung im engeren Sinne hinausgehenden Prüfungen hinweisen. Den hier aufgeführten Themenfeldern haben wir im Schlussbericht jeweils eigene Kapitel gewidmet. Infolge der bautechnischen Prüfung konnten wir im städtischen Haushalt Einsparungen in Höhe von 819.000 Euro erzielen. Nicht zu unterschätzen ist die Prophylaxe-Wirkung durch die Vorlage von Vergaben, Schlussrechnungen und Nachträgen beim RPA. Die allgemeine Prüfung war sehr intensiv in Projektarbeiten wie zum Beispiel bei Geschäftsprozessoptimierungen sowie bei der Einführung neuer finanzwirtschaftlicher Verfahren eingebunden. Ebenso haben wir im Rahmen von Prüfungen der städtischen Unternehmen verschiedene Anregungen sowohl bei der Verbesserung der Ordnungsmäßigkeit als auch der Wirtschaftlichkeit gegeben.

Ich komme abschließend zu unserem Prüfungsergebnis für den Jahresabschluss. Unsere Prüfungsbestätigung für den Jahresabschluss 2023 bescheinigt dem Bürgermeisteramt, den Dienststellen, Betrieben und sonstigen Einrichtungen insgesamt eine rechte und ordnungsgemäße Abwicklung der Finanzvorfälle. Soweit es Feststellungen gab, mögen diese in Einzelfällen bedeutsam sein. Das grundsätzlich positive Ergebnis dieser Prüfung muss deswegen jedoch keinesfalls eingeschränkt werden. Das RPA empfiehlt deshalb dem Gemeinderat, den Jahresabschluss 2023 gemäß § 95 b Gemeindeordnung festzustellen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadträtin Wolf (GRÜNE): Erst einmal vielen herzlichen Dank für den Vortrag und für die gute Übersicht, die Sie uns jedes Jahr wieder präsentieren. Es geht um das vorletzte Jahr, um 2023, und da ist erst einmal gut, dass wir mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen haben. Das wird in den nächsten Jahren, in den nächsten Vorträgen, die Sie halten werden, sicher anders aussehen. Besonders würde ich mich bedanken, dass Sie unsere Anmerkungen vom letzten Jahr aufgegriffen haben und gerade die Schulden noch einmal detaillierter aufgeschlüsselt haben, weil, wie Sie gesagt haben, manche sind gedeckt von materiellem Vermögen, das wir dann auch haben, und die Schuldenlast wird auch getragen von Gebühren und Mieten, die wir erheben können. Diese Schulden stellen erst einmal keine direkte Belastung für den städtischen Haushalt dar.

Was wir in dieser detaillierten Aufschlüsselung aber auch gesehen haben, ist, dass ein nicht unerheblicher Teil der Schulden doch direkt unseren städtischen Haushalt belasten und insbesondere, dass wir im interkommunalen Vergleich mit den anderen Städten, großen Städten in Baden Württemberg, nicht sehr gut dastehen. Jetzt gibt es auch aus diesen Schulden sicherlich eine ganze Reihe, die wir sehr gut erklären können, mit Investitionen in das Klinikum oder in unser Schienennetz, in den ÖPNV, aber trotzdem ist es eine große Belastung für unseren städtischen Haushalt. Und diese Last wächst weiter, und das wird sicher zu sehr schwierigen Haushaltsberatungen in diesem Jahr führen. Ich glaube, uns stehen sehr schwierige Diskussionen bevor in den Fraktionen, später im Gemeinderat und dann auch mit der Verwaltung und am Ende in der ganzen Stadt. Ich glaube, je früher wir da einsteigen, umso besser und umso größer auch die Chance, dass wir zu einer Einigung kommen, die von vielen mitgetragen wird. Da möchte ich noch einmal die Bitte wiederholen, dass wir sehr früh eingebunden werden, insbesondere schon bevor der Haushaltsentwurf

präsentiert wird, dass wir schon gemeinsam ins Gespräch gehen, wie das auch bei den letzten Haushaltsberatungen der Fall gewesen ist.

Stadtrat Hofmann (CDU): Auch von unserer Seite aus, sehr geehrter Oberbürgermeister, lieber Herr Bettendorf, vielen Dank für den Schlussbericht. Natürlich, wir können alles erklären, aber ich glaube, wir brauchen jetzt vor allem auch Lösungen, auch wenn wir jetzt die Gelegenheit nehmen, über einen Schlussbericht von 2023 zu reden, wo wir noch sehr gute Einnahmen, eine relativ gute Einnahmeseite haben, Sie haben von einem Rekordwert der Steuereinnahmen berichtet von über 800 Millionen. Das waren noch einmal deutlich mehr, noch einmal über 100 Millionen mehr als 2022. Wir wissen, wie es jetzt aussieht, 2024, 2025. Das ist schon sehr schwierig.

Sie haben aber auch gesagt, und ich denke, das müssen wir mitnehmen, meiner Ansicht nach, dass wir auch einen Rekordwert bei den Transferaufwendungen haben. Und wenn wir nicht in uns gehen, und ich nehme auch die Kollegin Wolf dann beim Wort, dass wir jetzt wirklich sagen, wir müssen insbesondere im Ergebnishaushalt versuchen, das eine oder andere endlich geradezurücken, dann wird es meiner Ansicht nach nicht nur schwierig, sondern unmöglich werden. Ich habe fast in jeder Haushaltsrede betont, wir haben eigentlich kein Einnahmenproblem, sondern wir haben ein Ausgabenproblem seit Jahren hier in Karlsruhe. Das hat uns auch auf diesen Platz in Baden-Württemberg oder mittlerweile auch bundesweit gebracht. Das ist unser Problem. Nur jetzt haben wir auch noch ein Einnahmenproblem dazu. Also von daher werden wir jetzt auch gezwungen, meiner Ansicht nach, diesen Weg zu gehen. Es geht auch meiner Ansicht nach kein Weg daran vorbei.

Auch dies habe ich immer wieder betont, dass wir gesagt haben, ganz eindeutig, wir werden uns auch von Aufgaben trennen müssen. Wir dürfen nicht einfach immer weiter der Stadt zusätzliche Aufgaben aufbürden, denn das Problem ist auch, dass gerade da, wo es teilweise sogar sinnvoll scheint, dass Bund und Land uns mit den Zuschüssen, und Sie haben es eben auch genannt, zum Beispiel beim Städtischen Klinikum, im Stich lassen zum Teil. Die Kommunen werden auch am langen Arm verhungern gelassen, und das ist natürlich eine Geschichte, wo man sagen kann, jetzt können wir sagen, Prinzip Hoffnung regiert weiter, aber wenn ich mir diese Zahlen angucke, dann glaube ich, geht es einfach nicht mehr. Von daher müssen wir uns jetzt wirklich Gedanken machen. Da hilft für mich auch nicht, dass es sicherlich richtig ist, und Sie haben es auch noch einmal schön dargestellt, dass man die direkte Belastung auch teilweise natürlich mit den Immobilien oder mit unserem ganzen Besitz schon etwas vergleichen kann. Aber ich glaube, wir müssen jetzt hier wirklich die Hausaufgaben machen, ganz zügig, denn nur wenn es uns gelingt, wieder auch den Ergebnishaushalt mit einem Überschuss zu bewirtschaften, können wir auch wieder in Schulen, in Kitas oder auch in Kultur und Sport investieren.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Auch von unserer Seite ein ganz herzliches Dankeschön. Dieser Haushalt ist wirklich unglaublich komplex zu durchschauen als Stadtrat, aber Sie stellen es immer sehr übersichtlich für uns dar, und das hilft uns enorm. Wir haben uns jetzt nicht nur den 23er Jahresabschluss anguckt, sondern auch den Abschluss der letzten fünf Jahre, und uns sind dabei einige Dinge aufgefallen.

Im Ergebnishaushalt ist uns aufgefallen, dass wir im Grunde eigentlich immer deutlich positiver abschließen, als wir das geplant haben. Ungefähr 35 Millionen im Schnitt, wenn man einmal 2020 weglässt, das war das Corona-Jahr, da haben wir deutlich schlechter

abgeschnitten, sind wir immer positiver als geplant. Größte Unsicherheit ist natürlich das sogenannte Sonderergebnis. Das ist keine große Überraschung, steckt im Namen, aber auch das ordentliche Ergebnis ist im Schnitt besser, und zwar 311 Prozent über dem Planwert. Wenn man das Corona-Jahr weglässt, sind es noch 240 Prozent.

Im Finanzhaushalt fällt auf, dass sich diese Unsicherheit natürlich auch in den Überschüssen aus laufender Verwaltungstätigkeit widerspiegelt und dass wir das ebenfalls systematisch überschätzen. Das führt gleichzeitig dazu, dass wir für die Investitionen, wo wir sowieso schon weniger tätigen, das wurde auch heute noch einmal klar, als wir eigentlich planen, auch deutlich weniger Kredite brauchen. Ich möchte jetzt nicht derjenige sein, der hier so klingt, als würde er alles rosa sehen. Natürlich nehmen wir trotzdem Kredite auf, aber wir müssen auch sehen, dass wir deutlich weniger Kredite aufnehmen, als wir das normalerweise planen. Außerdem führt es dazu, dass wir auch regelmäßig unsere Investitionen ins nächste Haushaltsjahr übertragen. Dieses Jahr allein haben wir als Gemeinderat wieder 200 Millionen Euro übertragen ins kommende Haushaltsjahr, was auch zumindest zu einer Verschiebung dieser Problematik im investiven Haushalt führt.

Die Konsequenzen, die wir herausziehen, sind jetzt nicht die, dass wir sagen, das ist alles wunderbar, wir können weitermachen wie bisher, sondern die Konsequenzen, die wir daraus ziehen ist, dass wir durchaus im Kopf behalten müssen, dass wir eine sehr konservative Haushaltsschätzung haben, was wir als SPD-Fraktion gut finden, dass wir aber auch ehrlich zu uns sein müssen, dass im investiven Bereich diese Fehleinschätzung, die wir haben, auch durchaus zu Problemen führt, die wir als Gemeinderat mit der Verwaltung zusammen lösen wollen.

Ich kann als Fazit sagen, dass wir als SPD-Fraktion die Schwierigkeiten, die wir im Haushalt haben, durchaus sehen, wir aber auch noch einmal darauf pochen, dass wir uns ehrlich machen in den Diskussionen, ehrlich machen an den einzelnen Punkten und uns wirklich überlegen, wie wir mit diesen großen Diskrepanzen, die wir teilweise im Haushaltsplan zum Haushaltsvollzug dann haben, umgehen.

Stadtrat Seidler (AfD): Mir erscheint die jetzige Diskussion fast schon ein Prolog zum heutigen Grundsatzentscheid in Sachen Turmbergbahn zu sein, denn er verdeutlicht die Rahmenbedingungen, unter denen sämtliche künftigen Investitionen getätigt werden.

Man sollte auch noch diese Gesamtschuld von 3,36 Milliarden Euro per 31.12.2023 einordnen. Im Jahr 2013 haben die Gesamtschulden Karlsruhes erstmalig die Eine-Milliarden-Grenze mehr oder weniger überschritten. Das heißt, in zehn Jahren hat sich die Schuld der Stadt Karlsruhe verdreifacht. Das muss man dann schon auch erklären. Und es ist so, Schulden müssen über Zinsen bedient werden. Zinsen sind variabel. Vor fünf, sechs Jahren hat man noch über Spielräume gesprochen, weil der kurzfristige Zins sogar negativ war. Diese Zeiten sind vorbei. In dem Augenblick, wo die Zinsen anziehen und die Erträge etwas zurückgehen, wird das plötzlich negativ. Das erlebt jeder DAX-Konzern, der immer gerne mit zwei Drittel oder mit 70 Prozent Fremdkapital schafft, weil er dann seinen Gewinn nach oben hebt. Wenn dann die Zinsen steigen, dann fressen plötzlich die Zinsen die Gewinne weg.

Eine Sache fiel mir auf, und zwar bei diesem Jahresüberschuss von 20,6 Millionen Euro abzüglich des Sonderergebnisses. Das entspricht ziemlich genau dem Jahresverlust der TSK,

die als Eigenbetrieb ausgelagert wurden. Und das bedeutet nichts anderes, der Jahresüberschuss ist auch deshalb zustande gekommen, weil ein Teil der Verluste außerhalb des Stadthaushalts verlagert wurden. Wenn das nicht der Fall gewesen wäre, hätten wir gar keinen Gewinn.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Herr Bettendorf, zunächst herzlichen Dank für die anschauliche Präsentation der harten Zahlen. Karlsruhe ist Spitzenreiter, hören wir sonst gerne, aber Karlsruhe ist leider auch Spitzenreiter bei der Pro-Kopf-Verschuldung der Großstädte in Baden-Württemberg. Auf diesen Titel können wir eigentlich ganz gut verzichten. Nicht alle der Probleme sind hausgemacht. Bund und Land tragen eine Mitverantwortung, aber wir müssen aus dieser Spirale raus. Kollege Hofmann hat es schon angesprochen, wir müssen uns auf Kernaufgaben vielleicht als Stadt auch fokussieren, Doppelstrukturen abbauen und auch von dem einen oder anderen Liebgewonnenen Abschied nehmen.

Was nicht geht, sind allerdings zusätzliche Belastungen von unseren Bürgern und Unternehmen hier in Karlsruhe, die schon heute unter der hohen Steuerlast und unter der Bürokratie stöhnen. Wir brauchen auch in Karlsruhe eine Haushalts- und eine Wirtschaftswende. Unsere Fraktion wird in den Haushaltsberatungen stringent, aber natürlich auch konstruktiv mitarbeiten, denn es geht um die Zukunft unserer Stadt, um die Zukunft der nächsten Generation.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Danke, Herr Bettendorf, für die schmerzliche Wahrheit. Auf den ersten Blick sieht alles relativ gut aus. Wir sind besser als der Plan 2020, wir sind besser als die Jahre vorher, aber trotzdem, wenn wir uns genau auf den zweiten Blick angucken, müssen wir sagen, dass unser ordentliches Ergebnis das nicht hergibt, was wir ausgeben. Das heißt, wir sind genau an der Stelle im schmerzhaften Punkt. Wir geben innerhalb unserer ordentlichen Ausgaben mehr aus, als dass wir ausgeben können. Das hat mit dem Transferhaushalt zu tun, das hat mit anderen Dingen zu tun. Deswegen, wir können uns im zweiten Blick überhaupt nicht rühmen und sagen, das war alles gut, 2023 ist gut.

Der dritte Blick, wie gesagt, wird dann noch schwieriger. Der besagt einfach, wir können so nicht weitermachen. Ich erinnere an die Weihnachtsbotschaft, Frau Erste Bürgermeisterin. Kurz bevor wir in die Weihnachtsferien gegangen sind, haben Sie uns den Stand der Dinge gesagt, und da ist schon abzusehen, dass die Einnahmen deutlich sinken werden. Wenn unsere Ausgaben weiterhin, unsere Investitionen weiterhin so nach oben gehen, dann wird die Problematik noch deutlich höher, und wir werden nicht nur den sechsten Platz in Deutschland haben, wir werden sogar noch weiter zur Spitze klettern.

Aus meiner Sicht kann man eigentlich nur zwei Dinge tun. Wir müssen sagen, als Stadt können wir lange nicht mehr so viele Dinge tun, wie wir bislang getan haben. Wir können nicht mehr alles wahrnehmen, wir müssen Aufgaben streichen. Und zweitens, das sagen Sie immer wieder, das alte Lied, wir müssen die Standards senken. Wir können nicht mehr in der Qualität, wie wir die Dinge bis jetzt getan haben, die Dinge weiter tun. Deswegen, eigentlich ist es ein Haushaltsabschluss, wo wir sagen, wir müssen aufwachen, wir müssen korrigieren und das so schnell wie möglich.

Der Vorsitzende: Ich würde zu zwei, drei Punkten noch gerne was ergänzen. Erst einmal vielen Dank auch, Herr Bettendorf, dass wir jetzt in die unterschiedliche Qualität der Schulden in einer darstellerischen Weise eingestiegen sind. Es ist doch etwas anderes, wenn ich

sage, wir haben über 10.000 Euro pro Einwohner Verschuldung, als wenn ich sage, wenn ich die abziehe, die ich unmittelbar rentierlich mache, sind es noch 7.000. Jetzt haben Sie bei den restlichen 7.000 aber über 2.000 noch drin, die auch aus meiner Sicht nach wie vor rentierlich sind, allerdings nicht im selben Haushaltsjahr. Was meine ich damit?

Wir haben, wenn wir zum Beispiel den Eigenbetrieb Gewerbeflächen anschauen, dahinter Vermögenswerte, und wir haben vom operativen Ergebnis dort kein Defizit. Oder wir haben investiert ins Klinikum zu einem Zeitpunkt, wo auch durch die Investitionen sich die eigentliche Bilanz gar nicht verschlechtert hat. Dann haben wir das Haus M eröffnet, und das lief parallel mit Corona. Und seitdem haben wir die Situation, die viele andere auch haben, eigentlich die meisten aller Kliniken, dass sie nämlich nicht in der Lage sind, quasi die Fixkosten der Investitionen und auch des Betriebs rezufinanzieren über die Art und Weise, wie Gesundheitswesen finanziert wird im Moment. Die Alternative wäre seinerzeit gewesen, auf diesen Neubau zu verzichten. Ich kann Ihnen aber versprechen, dann sähe es noch schlechter aus, weil dann die Wirtschaftlichkeit des ganzen Betriebs noch deutlich schlechter wäre. Und von daher klingt es im Nachhinein oft so, dass man denkt, hätte man es doch nur anders gemacht. Wenn man sich das real anschaut, ist es aber nicht so. Und hier ist das Problem, dass sich die Abfinanzierung oder auch die Anpassung an die Kostenentwicklung durch das Finanzierungssystem des Gesundheitswesens einfach nicht mehr kostendeckend entwickelt hat. Und so ähnlich haben wir es in anderen Bereichen auch.

Wir sollten uns für nächstes Jahr vornehmen, noch einen Ticken weiterzugehen und noch einmal die verbleibenden Schulden aufzuteilen in das, wo wir, glaube ich, gute Gründe haben zu sagen, die Investition war trotzdem immer noch besser, als auf sie zu verzichten. Und die Refinanzierung, vor allem auch durch andere Systeme, ÖPNV-Refinanzierung, Kliniken-Refinanzierung und so weiter, ist aber immer noch nicht so, dass es eigentlich tragbar ist. Trotzdem kommen natürlich am Ende Hausaufgaben heraus. Die müssen wir machen, Herr Stadtrat Hofmann. Nur an diesen Stellen ist es erst einmal ein Einnahmeproblem und kein Ausgabeproblem. Nur wir müssen am Ende trotzdem an den Ausgaben etwas tun, weil wir die Einnahmen nicht erhöht kriegen. Dann bin ich wieder bei Ihnen, aber ich glaube, dieser Schluss ist schon mal wichtig.

Und Herr Stadtrat Seidler, Sie haben es zu Recht gesagt, die Gesamtverschuldung hat sich verdreifacht, so habe ich das grob verstanden, aber da ist genau die Erkenntnis drin, dass wir diese Niedrigzinsphase nutzen müssen, um dringend anstehende grundsätzliche Investitionen zu machen. Da haben wir sozusagen den ganzen Wagenpark unserer Straßen und Stadtbahn erneuert, wir haben den Klinikum-Neubau gemacht, und ich könnte jetzt noch eine ganze Latte aufzählen. Hätten wir das alles nicht gemacht, weiß ich gar nicht, ob die Qualität noch so gut wäre, dass wir überhaupt das erzielen können, was wir am Ende trotzdem noch erzielt haben. Da bin ich aber dann bei Ihnen. Wenn sich das nicht grundsätzlich verbessert, müssen wir an irgendeiner Stelle auch mal Dinge nicht mehr tun oder auch zurückfahren.

Die Kreditaufnahme ist trotz des guten Haushaltsjahres im letzten Jahr gestiegen, aber Herr Stadtrat Dr. Huber, es ist nicht so, dass die nicht-aufgenommenen Kredite deswegen dann positiv zu verbuchen wären, weil wir hätten 200 Millionen aufnehmen können, sondern die würden wir dann eventuell im nächsten Jahr aufnehmen. Die übertragen wir immer.

(Zuruf Stadtrat Dr. Huber/SPD)

Ich will nur sagen, ich will Ihnen gar nicht widersprechen, nur das löst bei uns nicht das Problem, dass wir irgendwann diese Kreditaufnahme doch bekommen werden. Von daher ist natürlich die Gesamtsystematik des Haushaltes an der Stelle ein bisschen arg aus der Balance. Trotzdem ist das einzelne Jahr am Ende durchaus erfolgreich, aber Sie sehen, wir haben Gewerbesteuer oder überhaupt Steuereinnahmen gehabt, wie wir sie noch nie hatten, und hatten trotzdem aber auch davongaloppierende Kosten an bestimmten Stellen, dass das nicht mehr komplett on top war, sondern sich teilweise auch schon wieder ausgeglichen hat. Wenn man dann noch einbezieht, dass die Sozialleistungen auch durch die Einführung des Bundesteilhabegesetzes massiv steigen gerade, ohne dass wir daran irgendwas groß steuern können, und dass auch die wirtschaftliche Situation uns voraussichtlich nicht mehr diese Steuereinnahmen bringen wird, wird auch dieser Ausgleichsmechanismus nicht mehr ab 2024, aber spätestens ab 2025 funktionieren.

Das vielleicht noch dazu. Dann habe ich jetzt keine weiteren Fragen oder Wortmeldungen gesehen. Dann darf ich mich noch einmal abschließend, bevor wir an den Beschluss kommen, bei Ihnen, Herr Bettendorf, und Ihrem Team, aber auch bei der Kämmerei, die am Ende das erst einmal zusammenbosseln muss, was Sie anschließend prüfen und anschließend bei den Finanzabteilungen aller Dienststellen, die erst einmal das zusammentragen müssen, was die Kämmerei zusammenfassen kann und Sie am Ende dann noch prüfen, bedanken. Es ist am Ende immer eine riesige Gemeinschaftsleistung, die hier in relativ kurzer Zeit und mit einem relativ schnöden Beschlusstext einfach einmal so abgehakt wird, wo aber ganz viel Arbeit dahintersteckt. Dafür noch einmal ganz herzlichen Dank.

Und dann kommen wir auch schon zum Beschluss. Ich will auf die zwei Ziffern auf Seite 6 der Beschlussvorlage hinweisen. Da geht es erst einmal um eine Kenntnisnahme, und es geht vor allem dann auch darum, dass Sie den Jahresabschluss 2023 feststellen. Also beide Ziffern sind juristisch sehr relevant, und da bitte ich Sie jetzt um Ihr Votum ab jetzt. – Einstimmige Annahme, vielen Dank.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
3. Februar 2025